

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1800)

Rubrik: Vollziehungs-Ausschuss

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Dienstag, den 15 Juli 1800.

Erstes Quartal.

Den 26 Messidor VIII.

Vollziehungs-Ausschuss.

Louis, 23. Juni 1800.

Heinrich Zschokke, Regierungscommissair in
den Cantonen Lugano und Bellinzona,
dem Vollz. Ausschuss.

Bürger Mitglieder des Vollz. Ausschusses!

Schon in einem meiner ersten Rapporte hatte ich die Ehre Ihnen anzuzeigen, daß der durch ein Gesetz in der helvetischen Republik aufgehobene Zehnden in den italienischen Cantonen, seit Besitznahme derselben durch die Oestreicher, wieder hergestellt wurde, auf Verlangen des kaiserl. Regierungscommissairs Grafen von Cocastelli, und daß der Zehnden auch wirklich ohne Anstand bezahlt wurde, besonders da er größtentheils zur Unterhaltung der Geistlichen, milder Stiftungen und einzelner Partikularen gereichte.

Aus beyliegenden Proclamationen der provisorischen Regierungen von Mendrisio dat. 6. Juli 1799, und Lugano dat. 2. Juli 1799, ersieht Sie, unter welchen Erwägungen der Zehnden hergestellt wurde. Die Wiedereinführung desselben war aber um so nothwendiger, da die provisorischen Regierungen der italienischen Cantone keine Mittel besaßen, den Geistlichen an der Stelle des Zehnden andere Quellen des Unterhalts zu öffnen.

Jetzt, da die Erde erscheint, erwacht von neuem die Sorge aller Zehndbesitzer und besonders der Geistlichkeit. Der Bischoff von Como, Carlo Rovelli, steht an ihrer Spitze und sehet um Gestattung des Zehnden in den beyden Cantonen, wie Sie aus der beyliegenden Abschrift seines an mich gerichteten Schreibens sehn. Eben so verwenden sich deswegen die provisorischen Regierungen selbst.

Bürger Mitglieder des Vollz. Ausschusses! es ist mir nicht unbekannt, wie vielen Beystand und Widerstand die Aufhebung des Zehnden hatte, und welche Kämpfe er in den Versammlungen des gesetzgebenden Corps veranlaßte. Ich trete auch in keine Discussion über Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Abschaffung oder Herstellung des Zehnden, glaube aber Ihnen und dem Vaterlande eine wesentliche Pflicht zu leisten, wenn ich Ihnen meine Gedanken über das dormalige Verhältniß des Zehnden in den italienischen Cantonen entwicke, und darauf einen Vorschlag gründe, der dem Staate in diesen Theilen vortheilhaft ist.

Der Zehnd in den welschen Cantonen gereicht besonders zur Unterhaltung der Geistlichen, einiger milden Stiftungen und Partikularen.

Da das Liquidationsbureau mitten in seinen Arbeiten durch das Einrücken fremder Truppen aufgelöst wurde: so hat bis jetzt noch an keine Art der Entschädigung der Zehndbesitzer gedacht werden können.

Die provisorischen Regierungen, indem sie die Zahlung des Zehnden wieder gestatteten, machten sich dadurch den Clerus und vermittelst desselben das Volk anhängig und ergeben.

Viele Partikularen und noch bey weitem mehr die Geistlichkeit, desgleichen Hospitäler, sind mit dem Verlust des Zehnden ihres Unterhalts beraubt für ein Jahr. Ihre Lage ist um so härter, je theurer die gegenwärtigen Zeiten sind. Meines Wissens hat die Republik ihnen noch keine andere Mittel des Unterhalts anweisen können.

Gerechtigkeit scheint also die einseitige Erlaubniß der Entrichtung des Zehnden zu gestatten — die Politik aber gebietet dieselbe.

Die Geistlichen und Zehndbesitzer in der gegenwärtigen allgemeinen Theuerung für ein ganzes Jahr ihrem

Mißmuth und ihrer Noth preis zu geben. — —
Den Clerus in diesen unruhigen Zeiten, in diesen
Grenzgegenden von Cisalpinien (!), bey der Unge-
wisheit des Ausgangs eines verheerenden Krieges, von
neuem oder mehr als je gegen die helvetische Regierung
zu erbittern — ist unmöglich von der Convenienz des
Vollziehungsausschusses, und muß selbst den geschwor-
nen Freunden der Zehndvernichtung unrathsam dünken.
Die Folgen der Strenge sind unüberschbar. Der
Clerus, indem er die Geistlichkeit wieder in Cisalpinien
geehrt sieht, wird die Vernachlässigung seiner durch die
helvetische Regierung um so schmerzlicher empfinden.

Das einzige Hinderniß zur Gestattung des Zehnden
ist das Gesetz, welches ihn in der ganzen Republik
vernichtete.

Wenn aber auch wirklich Fälle von Wichtigkeit und
reich an mächtigen Folgen keine Ausnahme vom Gesetz
bewirken könnten: so glaub ich, ist das gegenwärtige
politische Verhältniß der italienischen Cantone von sol-
cher Art, daß, ohne Verletzung eines Gesetzes, ein-
weilen für dieses Jahr die Entrichtung des Zehnden
noch zugelassen werden könne.

Denn obwohl diese Cantone gegenwärtig wieder
mit der Schweiz vereint sind, so sind sie doch aus
bekannten Gründen noch nicht, den Vorschriften der
Constitution gemäß, den übrigen Cantonen gleich or-
ganisirt. Man hat einweilen noch die provisorischen
Regierungen müssen fortarbeiten und verschiedene ihrer
Verordnungen so lange gelten lassen, bis man im
Stande ist, auf eine solide Weise diese Gegenden con-
stitutionell zu reorganisiren.

Da aus diesen Ursachen viele andere Gesetze der
Helvetischen Republik hier noch unvollzogen bleiben
müssen, so können die Verordnungen der provisorischen
Regierungen, welche den Zehnden zu beziehen heißen,
unter dem gegenwärtigen provisorischen Zustand der
Cantone in Rechtskraft bleiben, wie es andere Ver-
ordnungen sind.

Ich ersuche Sie also, Bürger Mitglieder des Vollz.
Ausschusses, die Verordnungen der provisorischen Re-
gierungen für einweilen in Bezug auf den Zehnden,
in Kraft zu lassen. Die Regierung erwirbt sich damit
in diesen Gegenden eine mächtige Stütze durch den
ganzen Anhang des hier so viel geltenden Clerus;
verwandelt Feinde in Freunde und rettet durch diese
Maßregel vielleicht das Land in einem künftigen
K. r. m.

Ich bitte um die schleunigste Mittheilung Ihrer

Verhaltensbefehle, worauf das ganze Land mit Be-
gierde wartet.

Gruß und Ehrfurcht!

(Sig.) Heinrich Ischoffe.
Dem Original gleichl.: Bern den 30. Juni 1800.
Der Interims-Gen. Secr. des Vollz. Ausschusses,
Briatte.

Gesetzgebung.

Senat, 4. Juli.

(Fortsetzung.)

(Beschluß des Commissionärsberichts über das zweite
Buch des bürgerlichen Rechtsgang.)

Es scheint sehr unrecht, wenn seine Gläubiger, wohl
gar Buchhändler, nicht auf ihre eigene Waare grei-
fen dürften. Denn in diesem Falle ist der Buchhänd-
ler eben sowohl ein Gelehrter als der Büchernarr.

4. Der 28. Artikel verordnet, daß die gepfändeten
Effekten wenigstens acht Tage lang vor dem Verkaufe,
und noch drey Tage nach demselben aufbehalten wer-
den sollen. Der Zustand eines Menschen, dessen Mo-
bilien man verkauft, ist traurig. Es wäre menschlich,
daß auch acht Tage nach dem Verkaufe er seine Mo-
bilien, wenn er Mittel dazu findet, wieder an sich
bringen möge.

5. Der 48. Art. wird sehr übel verstanden. Er
unterwirft den Schuldner, welcher nach ergangener
besonderer Pfändung irgend eine der besonders gepfän-
deten Effekten verabwandelt, einer Geldbuße von sechs
Franken. Allein wenn die Pfändung beträchtlich ist,
wenn sie sich auf den Werth oder die Summe von
mehrern tausend Franken beläuft, findet sich auch noch
ein Schuldner, der noch Anstand hat, zwischen dem
Vermögen darüber zu schalten und der Furcht sechs
Franken als Buße bezahlen zu müssen? Dadurch wür-
den die meisten einer solchen Verordnung ausgesetzten
Pfändungen entweder null und nichtig, oder es würden
tausend Schwierigkeiten daraus entstehen.

6. Die Artikel 90 und 91 unterwerfen einer Buße
von vier Franken den Gläubiger, bey welchem es sich
zeigte, daß er eine Summe fordern würde, die ihm
nicht gehörte, und den Schuldner, dessen Einwen-
dungen gegen die Pfändung ungegründet gefunden wür-
den. Allein es geschieht täglich, daß ein Gläubiger
redlicher Weise eine Schuld fordert, und ein Beklagter
ebenfalls redlicher Weise sich weigert. Da nun bloß